

DIE LINKE-Stadtratsfraktion Alzey, Langstraße 24, 55232 Alzey

An die Stadtverwaltung Alzey
Frau Beigeordnete
Natalie Bauernschmitt
Ernst-Ludwig-Straße 42
55232 Alzey

Alzey den, 18.01.2022

Sehr geehrter Frau Bauernschmitt!
Die Fraktion DIE LINKE beantragt den nachfolgenden Antrag bei der nächsten Ausschuss-Sitzung „Bürgerdienste“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Antrag:

Die Fraktion die Linke beantragt die Prüfung folgender Punkte in der Ostdeutsche Straße in Alzey:

- ☐ Versetzung des Verkehrsschildes „zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“ - Verkehrsschild VZ 274-30 nach der Einbiegung in die Ostdeutsche Straße von der Nibelungenstraße
- ☐ Anbringen eines Zebrastreifens in Höhe der Sparkasse Alzey

Begründung:

Im Gespräch mit Bürger*innen hat sich ergeben, dass großer Handlungsbedarf in der Ostdeutschen Straße besteht. Von Seiten der Anwohner*innen wurde beanstandet, dass das Verkehrsschild „Tempo 30“ nach Einbiegung aus der Nibelungenstraße in die Ostdeutsche Straße zu nah am Zebrastreifen angebracht wurde und deshalb nicht gut sichtbar ist. Es müsse etwa um 10m nach hinten versetzt werden, um wirklich wahrnehmbar zu sein.

Außerdem würde es mit dem Fußgängerüberweg am Haus Michael bzw. am Parkplatz Ostdeutsche Straße und dem an der Kreuzung Nibelungenstraße-Ostdeutsche Straße zu wenige Möglichkeiten für Fußgänger*innen geben, die Ostdeutsche Straße zu überqueren. Diese würde aber gerade auf Höhe des neuen Standortes der Sparkasse dringend benötigt. Dort gäbe es ein sehr hohes Fußgängeraufkommen.

Die Installierung eines Zebrastreifens würde außerdem dafür sorgen, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h zuverlässiger eingehalten wird von durchfahrenden Autofahrer*innen, weil es weniger Beschleunigungsmöglichkeiten gäbe.



DIE LINKE.

DIE LINKE-Stadtratsfraktion Alzey

Fraktionsvorsitzender
Kemal Gülcehre
Langstraße 24 55232 Alzey
Mobil: 0160/938 577 44
E-Mail: kemal.guelcehre@alzey.de

Außerdem würde mit einer zusätzlichen Möglichkeit zur Überquerung der Straße der Tatsache Rechnung getragen, dass genau in diesem Bereich der Ostdeutschen Straße sehr viele Anwohner*innen aus vulnerablen Gruppen leben. Es befinden sich an dieser Stelle ein Altenheim sowie zwei Wohnhäuser mit ausgegliederten Wohngruppen für Patient*innen aus der RFK. Wir haben es also gerade hier in der Ostdeutschen Straße mit einem erhöhten Fußgängeraufkommen von Personen zu tun, die aufgrund ihres Alters oder auch ihrer Erkrankung und Medikation ein vermindertes oder verlangsamtes Reaktionsvermögen besitzen. Diese Personen sind im Straßenverkehr besonders gefährdet. Eine zusätzliche Möglichkeit, dass diese Anwohner*innen die Straße vor dem eigenen Wohnhaus sicher überqueren können sowie eine erhöhte Gewährleistung, dass eine reduzierte Geschwindigkeit von 30 km/h hier vom Durchgangsverkehr auch eingehalten wird, ist aus unserer Sicht deshalb zutiefst sinnvoll.

Deshalb möchten wir die Verwaltung bitten, die genannten Punkte auf die Umsetzbarkeit zu überprüfen und uns bei der nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht zu geben. Wenn auch aus Sicht der Verwaltung Handlungsbedarf gesehen wird, bitten wir um Rückmeldung, wie und wann eine Umsetzung erfolgen könnte. Falls man zu dem Ergebnis kommt, dass es keinen Handlungsbedarf gibt, möchten wir Sie bitten, dies ausführlich zu begründen, damit wir den Bürger*innen entsprechende Rückmeldung geben können.

Vielen Dank für Ihre Bemühungen!

Mit freundlichen Grüßen

Anja Läwen (Ausschussmitglied DIE LINKE)